

A4 Für gute Arbeit: Beschäftigte schützen und Arbeitsbedingungen verbessern

Antragsteller*in: Ami Lanzinger (KV Erding)

1 Nach vielen Jahren der Diskussion und der mühsamen Arbeit von Gewerkschaften
2 und europäischen Unterstützungsorganisationen wie dem Verband der
3 europäischen Wanderarbeiter, kommt mit der Corona-Krise wieder neuer Schwung in
4 die Debatte über die unsäglichen Arbeitsbedingungen in der deutschen
5 Fleischindustrie, der Arbeit im Baugewerbe und in der Saisonarbeit im Rahmen der
6 Obst- und Gemüseernte landwirtschaftlicher Betriebe. Besonders hier werden
7 Beschäftigte, meist aus Osteuropa, sozial ungesichert und zu Niedriglöhnen
8 über Subunternehmen beschäftigt. Gleichzeitig werden die gesetzlichen Regeln
9 von Arbeitszeiten, Unterbringung und Arbeitsschutz zu wenig beachtet.

10 Werkverträge sind per se erst einmal nichts Schlechtes. Wir schließen sie ab,
11 wenn wir Handwerker*innen mit einer Leistung beauftragen oder ein Unternehmen
12 beauftragt mit einem Werkvertrag ein IT-Unternehmen mit der Wartung seiner
13 Server. Kritisch wird die Situation allerdings, wenn tausende von Arbeiter*innen
14 aus EU-Ländern über Werkverträge im Unternehmen mit bestimmten Tätigkeiten
15 in deren Kerngeschäft beauftragt werden, die sie zwar meist mit eigenem
16 Werkzeug, aber ohne eigenständige Handlungsspielräume durchführen müssen.
17 Die Beschäftigten werden rücksichtslos ausgebeutet. Sie arbeiten für niedrige
18 Löhne, zehn oder mehr Stunden, sechs Tage die Woche. Sie werden in engen
19 Unterkünften zusammengepfercht und in vollgestopften Bussen zu den Schichten
20 gefahren. Diese Geschäftsmodell hat keine Daseinsberechtigung.

21 Die Bundesregierung hat unter dem Eindruck der Corona-Krise nach langer
22 Tatenlosigkeit endlich Teile der Probleme erkannt. In der Fleischindustrie gibt
23 es mit dem Eckpunktepapier der Bundesregierung, das ein Verbot der
24 Werkvertragsbeschäftigung vorsieht, erste Fortschritte. Wir fordern daher das
25 sofortige Verbot dieser Werkverträge und fordern die Bundesregierung auf,
26 dieses Verbot der Werkverträge auch in einem Gesetz festzuschreiben. Damit ist
27 das Problem allerdings nur in einer Branche teilweise eingedämmt. Weitere
28 Schritte zu einer gerechten Entlohnung, einer sozialen Absicherung und einem
29 ausreichendem Arbeitsschutz müssen folgen!

30 Ein wichtiger Punkt sind die Arbeitsbedingungen in den Betrieben. Es müssen
31 weitere Maßnahmen folgen, welche die Beschäftigten aus den Netzen der
32 Subunternehmen lösen, die heute Teile des Lohns einbehalten und ihn häufig mit

33 der Fahrt nach Deutschland, dem Transport zur Arbeitsstätte, den Kosten der
34 Unterkunft und der Versorgung mit Essen verrechnen. Es benötigt eine Anrechnung
35 von Wege- und Umkleidezeiten für die notwendige Schutz- und Arbeitskleidung auf
36 die Arbeitszeit. Der*die Arbeitgeber*in muss diese und alle weiteren nötigen
37 Arbeitsmittel zur Verfügung stellen.

38 Für die lange überfällige Möglichkeit zur Mitbestimmung braucht es dazu
39 starke Betriebsräte und Gewerkschaften, die für die Interessen der
40 Beschäftigten eintreten und Organisationen wie das Projekt „Faire
41 Mobilität“, die die Beschäftigten in ihrer Sprache beraten und für ihre
42 Interessen eintreten. Die Bundesregierung machte hier mit dem Beschluss, das
43 Projekt langfristig zu finanzieren, einen wichtigen Schritt. Beschäftigte, die
44 sich nicht ausreichend in deutscher Sprache verständigen können, über Ketten
45 von Subunternehmen beschäftigt werden und häufig ihre eigenen Arbeitsverträge
46 nicht kennen, sind ein leichtes Opfer für skrupellose Vermieter*innen und
47 Subunternehmer*innen. Durch Beratung in verschiedenen Sprachen und Aufklärung
48 kann hier bereits einiges erreicht werden.

49 Wir benötigen Mindeststandards für den Wohnraum von Unterkünften für
50 Beschäftigte, die aus anderen Ländern für Monate und Jahre nach Deutschland
51 kommen. Ausreichende Sanitäreinrichtungen, Sozialräume, Kochmöglichkeiten, die
52 Begrenzung der Zahl von Menschen je Schlafräum, die Chance auf eigene
53 Sozialsphäre und die daraus folgende Mindestquadratmeterzahl pro Person. Das
54 alles zu verhältnismäßigen Mietpreisen gemessen an den ortsüblichen
55 Miethöhen. Diese Bedingungen sollten für Menschen in Deutschland im 21.
56 Jahrhundert eine Selbstverständlichkeit sein und kein Gut, wofür die
57 Betroffenen kämpfen müssen. Neben diesen Mindeststandards braucht es auch hier
58 regelmäßige Kontrollen.

59 Die Zuständigkeit für die Kontrollen der Unterkünfte nach
60 Arbeitsstättengesetz beispielsweise liegt bei den Gemeinden, die ihren Aufgaben
61 häufig nicht nachgekommen sind, weil Werkvertragsbeschäftigte zwar in ihren
62 Gemeinden in Sammelunterkünften lebten, die Betriebe, bei denen sie
63 beschäftigt waren, sich jedoch in entfernten Nachbargemeinden befanden. Den
64 Behörden fehlte so häufig die Kenntnis des Problems, wenn von Subunternehmen
65 selbst z.B. Lagerräume angemietet wurden, in denen viele Beschäftigte
66 untergebracht wurden. Wir benötigen viel mehr Kontrollen, die über
67 Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen, Pausen, Arbeitsschutz und der Einhaltung der
68 Tarifverträge wachen. Die Beweislast muss bei den Betrieben liegen. Diese
69 Kontrollen sollten in einer Organisation, etwa der Bundeszollverwaltung,
70 gebündelt werden, um den vielen schwarzen Schafen in der Branche nicht die
71 Möglichkeit zu geben, die Kontrolleure*innen gegeneinander auszuspielen. Die
72 Umsetzung dieser Forderung kann nur funktionieren, wenn das Personal zur
73 Kontrolle der Missstände massiv ausgebaut wird. In den letzten Jahren kam es
74 bei den zuständigen Gewerbeaufsichtsämtern zu einem starken Ausdünnen der
75 Personaldecke, hunderten unbesetzten Stellen und damit auch zu einer

76 Verringerung der Kontrollen in den Betrieben. Zusätzlich braucht es eine
77 elektronische und manipulationssichere Arbeitszeiterfassung. Ein wichtiger Punkt
78 zur Verfolgung der Missstände und zur Benennung der Verantwortlichen ist
79 darüber hinaus die Nachunternehmerhaftung beim Arbeitsschutz.

80 Grundsätzlich benötigen wir ein Verbot der langen Ketten von Subunternehmen.
81 Häufig können sowohl die zuständigen Behörden als auch die Beschäftigten
82 selbst nicht mehr erkennen, wo sie unter welchen rechtlichen Bedingungen
83 beschäftigt sind. Es muss folglich immer und bei allen Beschäftigten erkennbar
84 sein, wo sie angestellt sind, welchem Tarifvertrag sie unterliegen und welche
85 Unternehmen möglicherweise von ihrer Beschäftigung profitieren.

86 Wir fordern daher:

- 87 • Ein sofortiges Verbot der Werkverträge in der Fleischindustrie
- 88 • Eine Aufstockung des Personals beim Arbeitsschutz und der
89 Lebensmittelhygiene
- 90 • Eine Nachunternehmerhaftung der einstellenden Betriebe in der
91 Fleischindustrie im Bereich Arbeitsschutz
- 92 • Eine deutliche Einschränkung der Möglichkeiten Beschäftigte über
93 Subunternehmen zu beschäftigen bzw. die Pflicht, diese
94 Beschäftigungsketten jederzeit nachvollziehbar und dauerhaft transparent
95 zu machen
- 96 • Eine klare Definition der Mindeststandards von Gemeinschaftsunterkünften
97 hinsichtlich der Anforderungen z.B. an die Sanitäreinrichtungen und
98 Gemeinschaftsräume (Küchen etc.) sowie eine Begrenzung der Möglichkeit,
99 mehrere Beschäftigte in einem Raum unterzubringen und damit eine
100 Mindestquadratmeterzahl pro Person
- 101 • Beschäftigung in Deutschland muss immer in Verbindung mit dem Erwerb von
102 Leistungen der Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung
103 stehen, damit ein Ende der Sonderregelungen für Beschäftigung im Obst-
104 und Gemüseanbau
- 105 • Eine einheitliche Kontrollstelle zur Überprüfung der Einhaltung von
106 Arbeitszeiten, Arbeitsschutz- und Arbeitsstättenvorschriften und aller
107 geltenden Gesetzen sowie ausreichend Personal, Kontrollen regelmäßig
108 durchzuführen
- 109 • Die Bereitstellung aller nötigen Arbeitsmittel ohne Anrechnung auf das

110 Gehalt

- 111 • Die Anrechnung von Weg- und Umkleidezeiten auf die Arbeitszeit
- 112 • Die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen verschiedenen
113 Kontrollbehörden wie Lebensmittelüberwachung, Gesundheitsämtern und
114 Gewerbeaufsicht zu verstärken
- 115 • Die Betriebsräte an einem Standort müssen für die gesamte Belegschaft
116 zuständig sein
- 117 • Verpflichtende landeseinheitliche Hygienekonzepte in der Fleischindustrie
118 einzuführen